

Bürgerschaftliches Engagement in der Postwachstumsgesellschaft

Die Kritik am grenzenlosen Wirtschaftswachstum und seinen ökologischen Folgen ist weder in Deutschland noch in anderen Industriestaaten ein wirklich neues Phänomen. Bereits in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts erlebte die Wachstumskritik mit dem „Club of Rome“-Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) einen ersten weltweiten Höhepunkt. In dem Bericht wurde erstmals systematisch die These entwickelt, dass eine Fortsetzung der seinerzeitigen Trends bezüglich des Bevölkerungswachstums, des Ressourcenverbrauchs und der Umweltverschmutzung schon bald zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und so zum Kollaps der menschlichen Gesellschaften führen werde.

Die Botschaft kam für Industrie- wie Entwicklungsländer gleichermaßen einer bitteren Pille gleich: In ersteren, so die These, sei die Abkehr von ressourcenzehrenden Konsum- und Produktionsmustern erforderlich, in letzteren gelte es vor allem die Illusion von einer „nachholenden Entwicklung“ zu begraben und das Bevölkerungswachstum zu begrenzen. Kein Wunder, dass die Vorschläge in Industrie- wie Entwicklungsländern auf teils erbitterten Widerstand von Regierungen, Wirtschaft und Wirtschaftsforschung sowie großen Teilen der Gewerkschaften stießen. Umgekehrt fanden sie jedoch in Ökologie- und Solidaritätsbewegung, Kirchen und Teilen von Wissenschaft und Politik großen Widerhall.

Schaut man auf diese Zeit zurück, so lässt sich in der Retrospektive erkennen, dass keineswegs nur die ökologischen, sondern auch die sozialen Grenzen des Wachstums zunehmend in den Blick gerieten. So wurde etwa von Erich Fromm in seinem berühmten Buch „Haben oder Sein“ (1975) die Position vertreten, dass Konsum jenseits eines bestimmten Niveaus, das jeder braucht, um gesichert existieren zu können, oft pathologische Züge trage und lediglich Ausdruck der Tatsache sei, dass die Menschen in den wirklich wichtigen Dingen des Lebens zu kurz kommen. Die Rede vom „kompensatorischen Konsum“ machte die Runde, der an die Stelle von Mit- und Zwischenmenschlichkeit trete und uns nicht reicher, sondern ärmer mache.

Etwa zur gleichen Zeit begann auch eine Diskussion über die Frage, ob denn der Wohlstandsindikator „Bruttoinlandsprodukt“ (BIP), auf dessen Wachstum alle so sklavisch fixiert sind, unseren gesellschaftlichen Wohlstand überhaupt richtig misst. Die These gewann Zuspruch, dass das BIP manches falsch messe, etwa die Behebung von Umweltschäden, die eigentlich mit einem negativen Vorzeichen in die Wohlstandsmessung eingehen müsse, manches ignoriere, etwa so wichtige

Tätigkeiten wie Hausarbeit, Kindererziehung oder Nachbarschaftshilfe, und wieder anderes gar nicht messen könne, etwa die Qualität der Sozialbeziehungen oder des Naturhaushalts. Wir liefen also, so das Argument, einem falsch verstandenen Fortschrittsbegriff nach und wögen uns in einem trügerischen Wohlstand.

Die zweite wachstumskritische Debatte

Seit dem „Club of Rome“-Bericht von 1972 sind mehr als vier Jahrzehnte vergangen. In den 80er und frühen 90er Jahren verlor die wachstumskritische Debatte an Zuspruch und wurde von Wissenschaft und Politik in eine wesentlich harmlosere Debatte über Nachhaltigkeit transformiert. Marksteine auf diesem Weg waren etwa der sogenannte Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ (1987) und die „Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung“ (UNCED) in Rio de Janeiro (1992). Hier wurde versucht, ökologische Ziele und Ziele der Nord-Süd-Gerechtigkeit harmonisch zu verbinden, ohne die hochkontroverse Wachstumsfrage nennenswert zu thematisieren. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre drängte dann die auf Wachstumsbeschleunigung, Wettbewerb, Deregulierung und Welthandelsausweitung zielende ökonomische Globalisierungsagenda Wachstumskritik und Nachhaltigkeit gleichermaßen an den Rand. Trotz steigenden ökologischen Problemdrucks kam es nur in Teilbereichen zu gewissen umweltpolitischen Fortschritten. In Deutschland etwa ließe sich hier der um 2000 begonnene Einstieg in die Energiewende nennen, in dessen Zentrum der Ausstieg aus der Atomenergie und der Ausbau der erneuerbaren Energien standen.

Seit einigen Jahren wächst aber zugleich der Widerstand gegen die Allmacht ökonomisch verengten Denkens: Ökologiebewegte kritisieren die anhaltende Stagnation bei Klimaschutz, Biodiversitätsschutz und Ressourcenschonung. Globalisierungskritiker klagen die Ungerechtigkeit der weltwirtschaftlichen Beziehungen und das Ausmaß der Zerstörung regionaler Wirtschafts- und Sozialstrukturen an. Finanzmarktkritiker empören sich über die anhaltende Dominanz des Finanzsektors und die mangelhaften Versuche der Politik, die Banken wieder verstärkt für gesellschaftliche Ziele in Dienst zu nehmen. All diese Bewegungen empören sich aber nicht nur, sondern arbeiten konsequent auch an politischen Alternativen zum vorherrschenden Trend. Genau an dieser Stelle erleben wir nun seit einigen Jahren auch eine Renaissance der Wachstumskritik, man könnte auch sagen: eine zweite wachstumskritische Bewegung.

Die neue Bewegung, die im Deutschen als „Postwachstums“- , im Englischen als „De-Growth“- und im Französischen als „Décroissance“-Bewegung bezeichnet wird, zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie an sozial-ökologischen Alternativen zur Wachstumsorientierung arbeitet. Zwar ist seit gut fünf Jahren auch eine erkleckliche Anzahl von wachstumskritischen Büchern wie „Vorwärts zur Mäßigung“ (von Hans Christoph Binswanger), „Wohlstand ohne Wachstum“ (von Tim Jackson), „Abschied vom Wachstumszwang“ (von Reinhard Loske), „Befreiung vom Überfluss“ (von Niko Paech) oder „Postwachstumsgesellschaft“ (von Angelika Zahrt und Irmi Seidl) erschienen, das wirklich Bemerkenswerte an den neuen Ansätzen ist aber ihr praktischer Bezug und ihre Anmutung von Zuversicht. Es überwiegt nicht, wie noch in der ersten wachstumskritischen Debatte der 70er Jahre ein warnender und manchmal auch kulturpessimistischer Grundton, sondern eine eher

anpackende Grundhaltung, die nach attraktiven Auswegen aus dem Wachstumszwang sucht, der so schwer auf unseren Gesellschaften und Ökonomien liegt.

Ein realitätsgetreues Abbild dieser neuen Diskussion war etwa die vierte internationale Degrowth-Konferenz im September letzten Jahres in Leipzig, auf der 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Teilen der Welt so ziemlich alle Themen der aktuellen wachstumskritischen Debatte zur Sprache brachten: Von der solidarischen Landwirtschaft bis zum Urban Gardening, vom Car Sharing bis zum Food Sharing, von der neuen Reparaturkultur bis zu den „Transition Towns“, von den Energiegenossenschaften bis zur neuen Bewegung der „Commons“ (Gemeingüter), von der Ökonomie des Teilens bis zu den Regionalwährungen, vom bedingungslosen Grundeinkommen bis zum fairen Nord-Süd-Handel, von der Gemeinwohlökonomie bis zum nachhaltigen Konsum.

Bürgerschaftliches Engagement jenseits von Staat und Markt

Schaut man sich die verschiedenen Aktivitäten und Konzepte einmal genauer an, so lässt sich sagen, dass wir es hier mit einer bürgerschaftlichen Ausrichtung par excellence zu tun haben. Das „einigende Band“ zwischen allen Akteuren des Postwachstumsdenkens ist die Grundeinsicht, dass man selbst denken und selbst handeln muss, um ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und Wachstumszwänge abzubauen, dass es eben nicht ausreicht, nach dem Staat zu rufen oder die Marktkräfte zu beschwören, sondern darum geht, selbst kooperative Formen der Problembearbeitung zu entwickeln, um „soziales Kapital“ und „Naturkapital“ zu bewahren und zu bilden. Dabei ist dieser „Dritte Weg“ seinem Wesen nach per se weder anti-staatlich noch anti-marktwirtschaftlich, vielmehr wird die Rolle von Staat und Markt eher vor dem Hintergrund ihrer „Einbettung“ in gesellschaftliche Ziele gesehen. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen:

In einer „Ökonomie des Teilens“ werden viele Dinge gemeinschaftlich genutzt, also geteilt und getauscht, verliehen oder verschenkt. Wo Gebäude, Geräte, Maschinen, Autos, Kleidung oder Nahrungsmittel im „Sharing“-Modus genutzt werden, bieten sich erhebliche Umweltentlastungs- und Ressourceneinsparpotenziale. Teilweise werden diese Aktivitäten heute durch gemeinwohlorientierte „Communities“ organisiert (z.B. Food Sharing oder Urban Gardening und Stadtteilautos), teilweise gehen sie aber auch über in para-kommerzielle (z.B. Kleidertausch oder Mitfahrgelegenheiten und Übernachtungsmöglichkeiten) oder kommerzielle Strukturen (z.B. Car und Ride Sharing oder Couch Surfing). Hier hat der Staat durchaus die Aufgabe, den eher gemeinwohlorientierten und para-kommerziellen Teil der Sharing Economy gegenüber dem rein kommerziellen (z.B. Uber, Airbnb) zu stärken, etwa durch faire Wettbewerbsbedingungen, steuerliche Besserstellung oder Verbesserungen im Vereins- oder Stiftungsrecht.

In einer „Ökonomie der Langlebigkeit“ werden Gebrauchsgüter durch Pflege, Wartung und Reparieren in ihrer Nutzungseffizienz erheblich verbessert und schonen so Ressourcen und Umwelt. Das Entstehen einer neuen Reparaturkultur und neuer Dienstleistungsmärkte für Reparaturen kann die Politik auf verschiedenerelei Weise fördern, etwa in dem sie „geplante Obsoleszenz“ (vorsätzliches und vorzeitiges „Kaputtgehenlassen“ von Gebrauchsgegenständen) verbietet, beige packte Reparaturanleitungen obligatorisch vorschreibt und Produkthaftungsdauern erhöht. Auf der anderen

Seite können Schulen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden oder Sozialeinrichtungen „Repair Cafés“ einrichten, in denen Reparaturkompetenz entwickelt wird.

In einer „Ökonomie des Prosumierens“ (eine Wortkombination aus den Begriffen Produzieren und Konsumieren) verschwimmen die Grenzen zwischen Erzeugung und Verbrauch zunehmend. So nehmen etwa immer mehr Menschen ihre Energieerzeugung in die eigene Hand, etwa indem sie sich eine eigene Solaranlage aufs Dach setzen, grünen Strom beziehen oder sich an einer ökologisch orientierten Energiegenossenschaft beteiligen. Auch fragen sich immer mehr Menschen, wie eigentlich die Tiere gehalten und die Pflanzen angebaut werden, die sie essen, und beteiligen sich an Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften im ökologischen Landbau. Und seit neuestem wollen auch immer mehr Menschen von ihrer Bank wissen: Was machst Du eigentlich mit meinem Geld? Wie legst Du es an? Mit anderen Worten: Eine wachsende Zahl von Menschen will ihre Verantwortung nicht mehr an der Steckdose, der Ladentheke oder dem Bankschalter abgeben, sondern erneuerbare Energieerzeugung, ökologischen Landbau und ethisches Banking aktiv mitgestalten.

Allein diese kleinen Beispiele zeigen, dass das Engagement für eine nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft und eine Abkehr vom ökonomischen Wachstumszwang zunehmend von der Zivilgesellschaft getragen wird. Es geht mithin um Dreierlei: Die Politik muss förderliche Rahmenbedingungen für eine vom Wachstumszwang befreite nachhaltige Entwicklung schaffen: durch gute Gesetze, steuerliche Anreize und eine an Nachhaltigkeitszielen orientierte Ausgabenpolitik. Die Wirtschaft muss gute und langlebige Produkte und intelligente Dienstleistungen bereitstellen, die den Ressourcenverbrauch und die Klimabelastung deutlich reduzieren. Die Bürgerschaft muss ihre eigenen Angelegenheiten wo immer nötig und möglich in die eigenen Hände nehmen können. Denn letztlich ist das, wofür man sich aus Überzeugung und Begeisterung einsetzt, immer noch das Nachhaltigste. Politik kann eine wache und engagierte Zivilgesellschaft nicht schaffen, sehr wohl aber befördern. Die sozialen Potenziale sind da. Und vor allem: Sie sind erneuerbar!

Zum Weiterlesen: Reinhard Loske: Neue Formen kooperativen Wirtschaftens als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Überlegungen zur Wiedereinbettung der Ökonomie in Natur und Gesellschaft, in: Leviathan, 42. Jahrgang, Heft 3, S. 463-485. Im Netz frei abrufbar unter: <http://www.nomos-elibrary.de/index.php?dokid=375501&tid=1072919>

Autor:

Prof. Dr. Reinhard Loske ist Professor für Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke.

Kontakt: reinhard.loske@uni-wh.de

Weitere Informationen: www.loske.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de